

Liechtensteiner Volksblatt

Adresse: Feldkircher Strasse 5, 9494 Schaan

Telefon (075) 237 51 51

Fax Redaktion (075) 237 51 55

Fax Inserate (075) 237 51 66

Amliches Publikationsorgan

90 Rp.

AKTUELL

Langlauf: Markus Hasler in Brusson 17.



Bestes Saisonergebnis und zum viertenmal in Serie in den Weltcup-Punkten: Der Eschner Langläufer Markus Hasler (im Bild) überzeugte gestern in Brusson/Aostatal mit einem ausgezeichneten 17. Rang über 15 km in der freien Technik. Vom überraschenden Sieger Björn Dählie (Nor) trennten den Liechtensteiner im Ziel 1:51,9 Minuten. Hasler sicherte sich somit weitere 14 Zähler und liegt nun mit total 42 Punkten an 20. Stelle des Gesamt-Weltcups. Stefan Kunz aus Triesenberg kam gestern auf den 54. Rang.

Schweiz: Kürzungen bei Landwirtschaft abgelehnt

Der Schweizer Nationalrat hat bei der Budgetberatung die Landwirtschaft weitgehend geschont. Er lehnte Kürzungen im Umfang von rund 35 Millionen Franken ab. Nicht gespart werden soll auch bei der Berufsbildung. Der Berner Bauernvertreter Hermann Weyeneth (SVP) wandte sich am Mittwoch vor dem Rat gegen ein «Strafexerzieren» mit der Landwirtschaft. Der Rat lehnte in der Folge Kürzungen im Agrarbereich, die die nationalrätliche Finanzkommission gegen den Willen des Bundesrates vornehmen wollte, mit 96 gegen 73 Stimmen ab.

Umweltschutzgesetz: Die Revision ist unter Dach

Nach zweieinhalbjährigen Beratungen ist die Revision des Schweizer Umweltschutzgesetzes unter Dach. Im Nationalrat nahm am Mittwoch als letzte verbliebene Bestimmung die Abgabe zur Deponien-Sanierung die Hürde der Ausgabenbremse mit 131 gegen 20 Stimmen. Mit dem revidierten Gesetz beschreitet die Schweiz neue Wege im Umweltschutz.

Besteht Klarheit über Ausrichtung unserer Aussenpolitik?

Rückblick auf eine Debatte im Landtag über den Ankauf einer Residenz für die UNO-Botschaft in New York – Sparsamkeit gefordert

(G.M.) – Sparsamkeit und effizienter Umgang mit den Finanzmitteln steht in der Regel im Vordergrund der Argumentation der Regierung, die – im Gegensatz zur vorherigen VU-Regierung – den Ernst der Lage bei den Staatsfinanzen erfasst hat. Im Unterschied zu anderen Parlamenten, wo die Regierungsmehrheiten die Sparsamkeitsanstrengungen der Regierungen unterstützen, obliegt diese Aufgabe in unserem Land immer noch der Opposition. Jüngstes Beispiel ist die Debatte über den Ankauf einer UNO-Residenz in New York – die kritischen Voten gegenüber den Vorstellungen der Regierung stammten aus den FBP-Reihen.

Vordergründig ging es in der letzten Woche bei der UNO-Debatte um den Kauf einer repräsentativen Vertretung in New York. Im Hintergrund jedoch stand das Thema «künftige Ausrichtung unserer Aussenpolitik», wozu das Leitbild der Regierung folgendes aussagt: «Die aussereuropäischen Beziehungen Liechtensteins werden in erster Linie im Rahmen der UNO-Mitgliedschaft gepflegt.

Diese Beziehungen sind vor allem im Hinblick auf die Stärkung der liechtensteinischen Eigenstaatlichkeit und der Förderung der Solidarität mit den Benachteiligten dieser Welt unerlässlich.»

Wichtiges ausserpolitisches Engagement

Die Regierung hatte dem Landtag im Zusammenhang mit dem Residenz-Kaufantrag die ausserpolitischen Möglichkeiten im Rahmen der Vereinten Nationen positiv dargestellt: «Die UNO bietet aufgrund ihres unverwundlichen Charakters auch ein ausgezeichnetes Forum für die Selbstdarstellung der Mitgliedstaaten, indem diese durch positive Mitarbeit in Erscheinung treten, ihre Eigenständigkeit und Fähigkeit zur internationalen Zusammenarbeit und ihre Bereitschaft zu Solidarität unter Beweis stellen können.»

Ein derart «aktives ausserpolitisches Engagement» hielt der FBP-Abgeordnete Alois Beck für «eminent wichtig», doch ebenso unerlässlich ist für ihn der sparsame Einsatz der weltrenzen Finanzmittel.

Forderung nach klaren Zielvorgaben

Von der Regierung, die im Bericht zum Antrag über die UNO-Residenz eine gewisse Widersprüchlichkeit erkennen liess, forderte Beck «klare Zielvorgaben» für die Aussenpolitik. Auch der FBP-Abgeordnete Johannes Matt kritisierte, der Regierung sei «anscheinend nicht klar, was sie aus der Ständigen Vertretung in New York machen will». Mit der UNO-Mitgliedschaft habe das Fürstentum Liechtenstein ein «wichtiges Ziel in der Souveränitätspolitik» verwirklicht, anerkannte Matt, gab aber gleichzeitig zu verstehen, dass dieses Ziel auch genüge: «Alles Weitere ist eine Frage der Ressourcen». Auch er sprach sich für einen effizienten Einsatz der Mittel aus und forderte «politische Ziele, für die es sich lohnt zu investieren».

Klarheit über Ausrichtung

Für den FBP-Abgeordneten Matt steht «Klarheit über die Ausrichtung unserer Aussenpolitik» im Vordergrund, für seinen Fraktionskollegen Xaver Hoch ist eine «mehrjährige Planung der Aufgaben

der Ständigen UNO-Vertretung» unerlässlich. Die längerfristige Planung sollte die Präsenz bei den Vereinten Nationen im Vergleich zu den Aufgaben innerhalb des Europäischen Wirtschaftsraumes (EWR) umfassen – nicht zuletzt deshalb, weil der Antrag der Regierung über den Kauf der UNO-Residenz die Ausrichtung nach dem heutigen Bedarf festlegte, im gleichen Zuge jedoch die Perspektive mitteilte, dass die Ständige UNO-Vertretung in Zukunft an Bedeutung zulegen werde.

Verdoppelung der UNO-Kosten

Dass für den Landtag die UNO-Mitgliedschaft Liechtensteins zu einem sensiblen Thema geworden ist, erscheint nur allzu verständlich. Die vor dem UNO-Beitritt genannten Zahlen über die Kosten der UNO-Vertretung haben sich im Verlaufe der fünfjährigen Mitgliedschaft mehr als verdoppelt. Die Frage im Landtag, ob die Kosten seinerzeit aus strategischen Gründen bewusst tief gehalten wurden oder ob in New York derzeit ein zu grosser Aufwand getrieben wurde, bleibt vorerst weiter offen.

Zweiter Teil der «Trilogie der Irrungen» gestartet

Premiere der TaK-Eigenproduktion «Nora» von Henrik Ibsen gestern abend im Theater am Kirchplatz



Unter grosser Aufmerksamkeit des fachkundigen Publikums ging gestern abend mit dem Stück «Nora» von Henrik Ibsen, inszeniert durch Reinhard Göber, der zweite Teil der TaK-Eigenproduktion «Trilogie der Irrungen» zum ersten Mal über die Bühne des Theaters am Kirchplatz. Weitere Vorstellungen finden am Freitag, den 15., am Samstag, den 16., am Dienstag, den 19. und am Mittwoch, den 20. Dezember statt. Ein ausführlicher Bericht über die gestrige Premiere folgt in unserer morgigen Ausgabe.

Ämter erhalten mehr Kompetenz

(paf) – Die Regierung hat in ihrer Sitzung vom 12. Dezember 1995 die Verordnung über die Delegation von Geschäften nach dem Finanzhaushaltsgesetz genehmigt.

Mit der Abänderung des Finanzhaushaltsgesetzes wurde vom Landtag die Rechtsgrundlage für die Delegation von Geschäften geschaffen. Durch die vorliegende Verordnung werden verschiedene Geschäfte an die Dienststelle für Finanzen, an das Amt für Personal und Organisation und an das Schulamt zur selbständigen Erledigung übertragen. Diese Ämter sind befugt, bestimmte Anweisungen und Anschaffungen selbständig zu erledigen. So kann in Zukunft die Finanzkontrolle Landesbeiträge, Akontozahlungen, Subventionen etc. im Rahmen ihrer neuen Kompetenz anweisen. Das Amt für Personal und Organisation und das Schulamt sind – unter Vorbehalt und Beachtung der entsprechenden Richtlinien durch die Regierung – befugt, Mobiliar, Geräte, Schulausstattungen und Lehrmittel selbständig anzuschaffen.

Mit dieser neuen Verordnung wird den Ämtern die Kompetenz zur selbständigen Erledigung von wiederkehrenden Transaktionen erteilt und die Regierung dadurch von Routinegeschäften entlastet.

Allen Unkenrufen zum Trotz Glanzresultat für Delamuraz – Denkwort für Dreifuss

Jean-Pascal Delamuraz wurde mit durchschnittlichem Ergebnis zum Schweizer Bundespräsidenten gewählt – Arnold Koller Vizepräsident

Bern (AP) Allen Unkenrufen zum Trotz ist Jean-Pascal Delamuraz mit einem Glanzresultat als Bundesrat bestätigt und mit einer durchschnittlichen Stimmenzahl zum Bundespräsidenten für 1996 gewählt worden. Einen Denkwort verpasst hat das Parlament Ruth Dreifuss, die nur relativ knapp wiedergewählt wurde.

Der wegen seiner Herzkrankheit in Frage gestellte 59jährige Wirtschaftsminister Delamuraz erzielte mit 193 Stimmen auf Anhieb das Spitzenresultat und liess seine bürgerlichen Ratskollegen deutlich hinter sich. Arnold Koller erzielte 176 Stimmen. Kaspar Villiger, von dem viele ein Spitzenresultat erwarteten, kam auf 175 Stimmen. Flavio Cotti folgte mit 171 Stimmen und Adolf Ogi, der Repräsentant der kleinsten Bundesratspartei, wurde mit 164 Stimmen im Amt bestätigt.

Deutlich distanziert wurden die SP-Bundesräte. Während das Resultat des

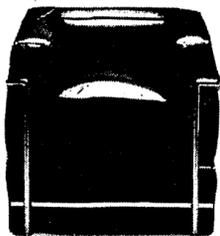


Ein Küsschen für den neuen Bundespräsidenten: Jean-Pascal Delamuraz wird von seiner Gattin zur Wahl beglückwünscht. Rechts der Sohn der beiden, Alain Delamuraz.

erst kürzlich gewählten Moritz Leuenberger mit 144 Stimmen im Rahmen der Erwartungen liegt, setzte es für Ruth Dreifuss einen argen Dämpfer ab: Die erste Sozialdemokratin im Bundesrat erhielt bei ihrer ersten Bestätigungswahl nur 124 Stimmen, womit sie die Hürde des absoluten Mehrs von 109 Stimmen mit gerade 15 Einheiten Reserve überwinden konnte.

Nach den wiederholten Diskussionen über einen Rücktritt von Delamuraz wählte die Vereinigte Bundesversammlung Delamuraz mit einem eher mittelmässigen Resultat zum Bundespräsidenten für das kommende Jahr. Er erhielt 165 von 232 abgegebenen Stimmen. Kaspar Villiger war vor Jahresfrist mit 186 Stimmen zum Bundespräsidenten gewählt worden. 1988 hatte Delamuraz bei seiner ersten Wahl zum Bundespräsidenten noch ein Glanzresultat von 201 Stimmen erzielt. Mit 149 Stimmen wurde Arnold Koller Vizepräsident.

LE CORBUSIER



THONY

9494 Schaan
Bahnhofstrasse 16
WOHNEN
jeden Samstag geöffnet bis 16 Uhr